

Grundsatzpositionen im Rahmen des Bildungsstreik

Das ‚Forum Kritische PH‘, eine Arbeitsgruppe von Professoren, Dozierenden und Studierenden, die Vollversammlung der Studierenden, sowie der UStA der PH Freiburg haben folgende Grundsatzpositionen aufgestellt:

„Das Land gewährleistet den Hochschulen und den Berufsakademien auf der Grundlage des Staatshaushaltsplans 2007 finanzielle Planungssicherheit für den Zeitraum bis 31.12.2014.“ (Solidarpakt II, Vereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit den Hochschulen und Berufsakademien des Landes Baden-Württemberg vom 2. März 2007)

Die öffentliche Finanzierung von Hochschulbildung - insbesondere im Blick auf die Pädagogischen Hochschulen – wird seit 1995 stetig heruntergefahren. Durch die globale Minderausgabe, die mehrfach erhöht wurde, werden der Hochschule weitere Mittel entzogen. Um diese globale Minderausgabe zu erwirtschaften, sperrt die Hochschule Professorenstellen, was zu prekären Arbeitsbedingungen in den Instituten führt.

Wir klagen hiermit die schwarzgelbe Landesregierung an,

dass sie den Solidarpakt II unterwandert und damit bricht.

An den Hochschulen in BaWü wie auch an der PH Freiburg ist die Verbesserung von Lehre zu einer hohlen Formel verkommen, da den Hochschulen selbst das Abdecken des minimalen Pflichtangebots kaum mehr möglich ist. Es geht schon lange nicht um die Verbesserung von Lehre, sondern um die bloße Aufrechterhaltung des Pflichtangebots. Stellen, die aus Studiengebühren finanziert wurden, werden ersatzlos gestrichen. Notstandsverwaltung in den Instituten ist alltäglich geworden. Ein minimales Lehrangebot ohne Wahlmöglichkeiten wird als praktikable Lösung kommuniziert. Die Qualität von Lehre sowie von individueller Betreuung ist massiv gefährdet. **Damit ein angemessenes Lehrangebot aufrechterhalten werden kann, fordern wir von der schwarzgelben Landesregierung eine langfristige, ausreichende Stellenfinanzierung.**

Studiengebühren wurden vorgeblich zur Verbesserung der Lehre eingeführt. Jetzt dienen sie zum Stopfen der Haushaltslöcher. Mittlerweile führen die Mittelkürzungen dazu, dass auch mit Einnahmen aus

Studiengebühren die Hochschulen schlechter dastehen als noch vor 2007. **Wir fordern eine ausreichende Finanzierung des Studiums aus Landesmitteln und die Abschaffung von Studiengebühren.**

Teilweise werden Bachelor- und Masterstudiengänge kapazitätsneutral eingeführt, d.h. es wird kein neues Personal eingestellt. Deswegen werden Ressourcen aus den anderen Fächern und Bereichen abgezogen. Diese fehlen vor allem im Lehramt. **Die Hochschulen müssen für die Einrichtung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge mit zusätzlichem Personal und ausreichenden Raumkapazitäten ausgestattet werden.**

An den PHen sollen zum Wintersemester 2010/11 alle Lehrerabordnungen gestrichen werden. Dies bedeutet einen massiven Qualitätsverlust, da die langjährige Erfahrung abgeordneter Lehrer elementar zur Lehrerbildung beiträgt. **Lehrerabordnungen an den Pädagogischen Hochschulen müssen von der Landesregierung weiterfinanziert und damit erhalten werden.**

Aus dem personellen Notstand einzelner Institute, entwickelt sich

der Trend, fach- und disziplinfremd zu prüfen. Dies bedeutet, Dozierende nehmen Staatsexamensprüfungen in einer ihnen fremden Disziplin ab. Dies führt zu Missverständnissen und einer untragbaren Leistungsbeurteilung. Dies verschlechtert die Prüfungsbedingungen für Studierende massiv. **Den Instituten muss soviel Lehrpersonal zur Verfügung stehen, dass keine fach- oder disziplinfremde Prüfungen mehr stattfinden.**

Ähnlich sind die Auswirkungen, wenn Institute extra Lehraufträge nur für Prüfungen vergeben müssen. **Die Institutsmittel müssen soweit aufgestockt werden, dass tatsächlich lehrende DozentInnen auch tatsächlich Prüfungen abnehmen. „Wer lehrt, der prüft“.**

Des Weiteren hält eine Verbilligung von Lehre Einzug. Kürzlich wurde die erste so genannte „Lehrprofessur“ Baden-Württembergs an der PH Freiburg eingeführt. Diese Entwicklung verdeutlicht die Tendenz, dass das humboldtsche Bildungsideal der Einheit von Forschung und Lehre langfristig gefährdet. Außerdem werden wegrationalisierte Stellen durch billigere Lehraufträge ersetzt. Diese ‚Lehrbeauftragten‘ bekommen nur Semesterverträge und müssen

unter prekären Bedingungen arbeiten. ...

Die Verbilligung von Lehre durch Lehraufträge und höhere Deputate ist keine angemessene Reaktion auf Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung.



Im Zuge der finanziellen Einschnitte bei den Hochschulen scheint das Rektorat der Pädagogischen Hochschule eher reaktiv als aktiv zu handeln. Sätze wie „Es ist einfach kein Geld da“ oder „Wir *müssen* alle Stellen aus Studiengebühren streichen“ gehören zum Alltag. Es entsteht der Eindruck, dass intransparente Ziele mit dem Argument des Sparens und der Geldknappheit durchgesetzt werden. Eine eindeutige Linie ist dabei nicht zu erkennen. Die Dozierenden und die Studierendenschaft werden zwar zur Diskussion eingeladen, danach jedoch vor vollendete Tatsachen gestellt. So kommt es je nach Beziehung zum Rektorat zu Stelle-

numverteilungen und -kürzungen. Dadurch werden einige Abteilungen benachteiligt, was sich wiederum negativ auf die Studienbedingungen auswirkt.

Wir verlangen, dass das Rektorat seine Vorstellungen von Personalentwicklung offen legt, anstatt den Kürzungswahn des Ministeriums ungebrochen nach unten weiter zu reichen.

Die Änderungen im Landeshochschulgesetz Baden-Württembergs stärken die Position der Rektorate in einem, mit dem Prinzip einer demokratischen Hochschule unvereinbarem Maße. So ist es der Rektor der Pädagogischen Hochschule Freiburg, der neue Lehrende an die Hochschule *beruft*. Eine einzige Person ist dadurch in der Lage, die Arbeit von Gutachtern zu entwerfen und die Entscheidungen von mehreren Hochschulgremien zu kippen.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass der Prozess der Entdemokratisierung weiter voranschreitet.

Um Machtmissbrauch vorzubeugen, fordern wir einen sinnvollen institutionellen Rahmen für die Mit- und Selbstverwaltung der Hochschulen, deren elemen-

tarer Bestandteil eine verfasste Studierendenschaft sein muss.

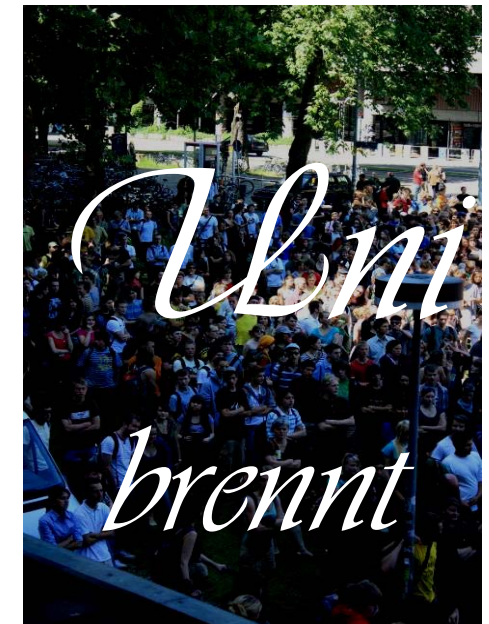
Die Pflichtangebote mehrerer Fächer können langfristig nicht mehr aufrechterhalten werden.

Einführungsveranstaltungen mit über 150 Studierenden lassen kaum Möglichkeiten für individuelle Teilnahme. In diesem Jahr wurden über 100 Studierende mehr als im Vorjahr aufgenommen; und es steht der Abitur-Jahrgang 2012 mit weitaus mehr Studienbewerbern ins Haus. Um im Zuge der Kürzungen Personalressourcen einzusparen beabsichtigt die Hochschulleitung, mehr Vorlesungen statt Seminare im Lehrangebot unterzubringen. Doch gibt es zwischen Seminaren und Vorlesungen qualitativ massive Unterschiede. **Seminare dürfen nicht durch Vorlesungen ersetzt werden.**

Wie sollen zukünftige Lehrergenerationen zu Mündigkeit erziehen, wenn ihnen das Studium ein Mindestmaß an Selbstverantwortung verwehrt? Innerhalb der letzten Jahrzehnte wurden Studienstrukturen immer rigider. Die Arbeitsbelastung der Studierenden wurde durch Modularisierung der Studiengänge enorm erhöht. Daher ist die Vielzahl der Seminare im vorgegebenen Zeiträh-

men nicht mehr sinnvoll vor- und nachzubereiten. Anwesenheitslisten sind nur ein Symptom eines immer stärker verschulerten Studiums.

Wir fordern die Abschaffung von Anwesenheitskontrollen in Vorlesungen und Seminaren, stattdessen sollten die nötigen strukturellen Bedingungen selbstverantwortlichen Lernens geschaffen werden.



Der Verfall der Studienbedingungen an der Pädagogischen Hochschule Freiburg steht exemplarisch für die Entwicklung im Hochschulwesen Baden-Württembergs.